

2007-06-08

Stadt Dessau

Zerbster Straße 4, 06844 Dessau
Tel.: 0340/2040



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 16.05.2007

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:45 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal

Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann stellv. Stadtratsvorsitzender
Herr Semper stellv. Stadtratsvorsitzender

Anwesenheit: **Soll:** 50 **Ist:** XX

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann stellv. Stadtratsvorsitzender

Anwesenheit: **Soll:** 50 **Ist:**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Die Tagung des Stadtrates wurde durch **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Dr. Exner**, eröffnet. Er stellte die frist- und formgerechte Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Die Tagesordnung wurde bestätigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Gebhardt, Roland	Unentschuldigt
Göring, Christoph	Unentschuldigt
Kopf, Andreas	
Mrosek, Andreas	
Schnirch, Carina	Unentschuldigt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Ehlert, Heidemarie
Sanftenberg, Angela
Scheibe, Günter Dr.
Schönemann, Katja

Unentschuldigt
Unentschuldigt

Fraktion der SPD

Semper, Manfred

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Voigtländer, Ingwin

Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES Forum

Schröter, Steffen

Mitglied Freie Wähler

Göricke, Hagen

Die Tagung des Stadtrates wurde durch seinen **Vorsitzenden, Herrn Dr. Exner**, eröffnet. Er stellte die frist- und formgerechte Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Die Tagesordnung wurde bestätigt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 11.04.2007

Die Niederschrift wurde einstimmig angenommen.

2. Berichte des Oberbürgermeisters

2.1. Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr BM Gröber informierte über folgende Ereignisse:

Schwerpunkt Gebietsänderungsgesetzgebung

- | | |
|------------------|--|
| 11. April | Beschlussfassung zur Auseinandersetzungsvereinbarung mit 5 Landkreisen zur Auflösung des Landkreises Anhalt-Zerbst. |
| 13. April | Unterzeichnung der Auseinandersetzungsvereinbarung der Landkreise Anhalt-Zerbst, Jerichower Land, Bitterfeld, Köthen, Wittenberg sowie der kreisfreien Stadt Dessau mit gleichem Wortlaut (bis auf die Haftungsfreistellung, die das LVA gefordert hatte, weshalb sie heute auf der Tagesordnung stehe). Die Fristsetzung des LVA lautet 30.05.07. |
| 23. April | Interne Sitzung der Initiative zur Stärkung der kreisfreien Stadt Dessau und der oberzentralen Funktion. Die Gesamtinitiative |

tagt am 31.05.07, 18.00 Uhr im Ratssaal.
Er bat die Stadträte um Teilnahme.

- 10. Mai** Gespräch mit dem Gemeinderat Horstdorf zur Vorbereitung des Gebietsänderungsvertrages, welcher in die nächste Sitzung des Stadtrates eingereicht wird.
Eine weitere Aufgabe ergebe sich aus der Bildung des neuen Verwaltungsbereiches um Oranienbaum. Dazu fand am 14. Mai ein Gespräch mit dem Bürgermeister von Oranienbaum statt, ergänzt am 29. Mai durch das Gespräch mit dem Bürgermeister von Möhlau, weil die neue Gebietskörperschaft Oranienbaum, umliegende Ortschaften und Möhlau heißen soll. Damit wäre der Weg frei für die Gesetzesinitiative des Landes.

Schwerpunkt Stadtumbau

- 14./21. April** Bepflanzungsaktionen im Bereich der Johann-Meier-Straße mit dem Energietisch und dem Multikulturellen Zentrum
- 23. April** Auftaktveranstaltung des Multikulturellen Zentrums zum Umbau des Stadtparks zu einem interkulturellen Mehrgenerationenpark, so dass in diesem Zusammenhang im Stadtumbau, insbesondere am Agenda-Tag mit dem Abschiednehmen von der ehemaligen Fleischerei Andes ein weiterer Höhepunkt gestaltet werden konnte. Aus dem Konzept Stadtumbau, Landschaftliche Zonen, Urbane Kerne habe man eine neue Phase beschritten mit der Errichtung und Entwicklung des Grünzuges im Westbereich des förmlich festgesetzten Gebietes der Stadtumbaumaßnahmen.

Schwerpunkt Stärkung der Wirtschaft

- 3. Mai** Inbetriebnahme einer neuen Produktionsanlage des Impfstoffwerkes Dessau-Tornau unter Teilnahme des Ministerpräsidenten Prof. Dr. Böhmer.
Investitionssumme: 24 Mio. EUR. Das bringe einen Bedarf von neu einzustellenden Arbeitskräften mit sich.
- Erfreulich ist auch die Entwicklung in Verbindung mit der Evangelischen Landeskirche für einen möglichen Standort des Diakonischen Werkes. Die Beratungen mussten im vergangenen Jahr zunächst aufgrund dortiger interner Beschlüsse eingestellt werden. Es gibt neue Impulse, das Diakonische Landeswerk in Dessau anzusiedeln.
- Am Standort Horten nimmt der Abbruch einen planmäßigen Verlauf. Das Gebäude ist fast komplett rückgebaut. Weitere Maßnahmen werden sich anschließen.

Schwerpunkt wichtige Ereignisse

14. Mai Antisemitische und rechtsextreme Schmierereien in Dessau an 5 Standorten. Die Polizei ermittelt.

11. Mai Grundsteinlegung für das Hospiz in Dessau in der Anhaltischen Diakonissenanstalt sowie Eröffnung der Dauerausstellung im Bauhaus von der Gründung bis zum heutigen Zeitpunkt

Es erfolgte der Hinweis auf das 9. Internationale Leichtathletik-Meeting "ANHALT 2007" am 1. Juni 2007 im Dessauer Paul-Greifzu-Stadion.

Das Meeting ist hervorragend durch internationale Spitzenathleten besetzt. Ca. 200 Sportler aus gut 30 Nationen werden in Dessau zu Gast sein. U. a. gibt es Zusagen von Franka Dietsch (Weltmeisterin Diskus), Danny Ecker (Hallen-Europameister Stabhochsprung 2007), Rens Bloom (aktueller Weltmeister Stabhochsprung) und viele prominente Namen.

Abschließend verwies Herr BM Gröger auf den ausgereichten Hochwasserbericht. Der aktuelle Stand habe sich mit dem gestrigen Tag insofern relativiert, dass unser Schreiben vom 11.5. noch als offene Antwort des Landesbetriebes für Hochwasser und Wasserwirtschaft vorliegt. Gestern erhielt Herr Gröger ein Schreiben des Direktors des Landesbetriebes für Hochwasser und Wasserwirtschaft, Herrn Henning. Die Ergebnisse befriedigen nicht, weil davon die Rede ist, dass für das Jahr 2007 keine ausreichenden Mittel zur Verfügung stehen, wie abgesprochen, damit die Baumaßnahme am Friederikenwall zügig fortgeführt werden kann. Hier ist für die Fertigstellung der notwendigen Baulose frühestens das IV. Quartal 2007 angesprochen worden. Andere Maßnahmen sind aufgrund des hohen Bedarfes von 2007 auf 2008 und von 2008 auf 2009 verschoben worden. Man werde entsprechend reagieren und die Ministerin einschalten, um die seinerzeit gegebenen Versprechen zeitnah einzulösen.

Mit der neuen Stadt Dessau-Roßlau habe man eine insgesamt offene Last hinsichtlich der investiven Maßnahmen zur Herstellung der Hochwasserschutzanlagen. Erneut zu verzeichnen sind rund 13 Mio. €, die sicherlich in den Zeiträumen, wie wir das wünschen, schwerlich bereitzustellen sind. In diesem Zusammenhang dürfe man aber nicht nachlassen und die berechtigten Forderungen nach einem Schutzbedürfnis gegen die immer wiederkehrenden Hochwasser müssen eingefordert werden.

Zusätzlich gab es eine Initiative von der TU Cottbus, uns insofern in dieser Absicht stützen könnte, gegenüber dem Land erneut Forderungen aufzumachen, dass nämlich eine Hochwassergemeinschaft entlang der Elbe gebildet wird. Herr Schneider werde diese Arbeitsgruppe, die sich länderübergreifend erstreckt, begleiten, um hier berechnete Forderungen durchzusetzen. Da es den Hochwasserausschuss beim Landtag nicht mehr gibt, müsse man andere Podien schaffen, um diese Wünsche einzuklagen.

2.2. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Stadtratssitzung am 11.04.2007 ist eine Gewerbesteuerforderung von 1993 in einer Größenordnung von 805 T€ niedergeschlagen worden.

3. Einwohnerfragestunde - Beginn ca.16.15 Uhr

Frau Evelyn Wilke, wohnhaft Kurze Str. 7, in Dessau-Törten, wies darauf hin, dass diese holprige und mit Kopfsteinpflaster gepflasterte Straße die wichtigste von Nordwesten kommende Zufahrtsstraße zum Parkplatz des Waldbades sei. Durch sie führt der tägliche Linienverkehr, Personenverkehr und Lkw-Verkehr, sogar 40-Tonner. Das Dringen auf Abhilfemaßnahmen, vorwiegend auf Änderung des Straßenbelages, finde in der Stadtverwaltung seit Jahren kaum Gehör. Sie stellte die Frage, wann der grundhafte Ausbau der Straße vorgesehen ist und an welcher Stelle in der Prioritätenliste der Straßenbaumaßnahmen der Stadt diese steht. Wenn ein grundhafter Ausbau in den nächsten Jahren nicht finanzierbar ist, warum wird dem Anliegen der Bürger nicht durch das Aufbringen einer den Lärm und die Erschütterungen vermindernden Dickschichtasphaltdecke, wie andersorts in der Stadt selbst in weniger befahrenen Straßen geschehen, entsprochen? Ist die Stadt wegen der bereits entstandenen Schäden an den Häusern zu einem Vergleich bereit, oder müssen wir, sollte sich weiter nichts tun, den Weg einer Klage gegen die Stadt gehen?

Das Anliegen sei bekannt, erwiderte **Herr Tschada, amt. Dezernent für Bauwesen und Umwelt**. Im Ortsbeirat Törten wurde, wie Frau Wilke wisse, auch schon öfter darüber gesprochen. Es gebe eine Prioritätenliste, in der diese Straße in der Priorität 2 eingeordnet ist. Vorrangig wird erst die Schäferstraße ausgebaut und nach den Kanalarbeiten im Jahr 2008 ist auch beabsichtigt, den Ausbau der Kurzen Straße vorzunehmen. Das werde auf der Grundlage der Straßenausbaubeitragssatzung erfolgen.

Herr Ginskey, wohnhaft Alte Leipziger Str. 13, erklärte, er habe in einer vorhergehenden Sitzung Fragen gestellt, welche bisher nicht beantwortet wurden. Es gehe um die Parkplätze Pollingpark und Grenzstraße. Hierzu habe er von Herrn Pfefferkorn eine Antwort erhalten. Keine Antwort habe er erhalten zur Problematik, dass man in Haideburg und Süd keinen Ortschaftsrat habe. Zum Brunnen stand in der MZ ein Artikel von dem Baumeister Schmidt und dem Architekten aus Leipzig, weshalb er die Frage stelle, ob diese Sache bereinigt worden ist. Hierzu sollte Frau Nußbeck sagen, ob der Mann sein Geld erhalten hat. Er verwies auf den Zustand der Gaststätte am Waldbad. Hier müsse dringend der Saal hergerichtet und der Gaststättenbetrieb aufgenommen werden. Weiterhin sehe es dort nach dem Sturm furchtbar aus, weshalb die Stadt sich schämen müsse. Bezüglich der Kaufhalle in der Mittelbreite verwies er darauf, dass in der Mittelbreite und in der Peterholzstraße viele ältere Leute wohnen, die einen weiten Weg bis zur nächsten Einkaufsmöglichkeit haben. Zur Baracke in der Grenzstraße habe er von Herrn Becker zweimal eine Antwort erhalten. Der Eigentümer wohnt in den Altbundesländern. Die SPD wollte sich darum kümmern. Diese Baracke sollte abgerissen und als Parkplatz genutzt werden.

Aufgrund der vielen Einzelanfragen wurde durch **Herrn Bürgermeister Gröger** eine Terminvereinbarung angeboten. Er halte es auch für zweckmäßig, dies in einem bilateralen Gespräch zu klären, merkte **Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**, an.

4. Anfragen und Informationen der Fraktionen und der Beigeordneten

Da es Anfragen gebe, wie sich die Sitzverteilung des neuen Stadtrates ergibt, sollte das Hare-Niemeyer-Verfahren erläutert werden, bat **Herr Glathe, CDU-Fraktion**. Weiterhin bezog er sich auf die Abfallentsorgung in der Stadt. Wenn man sehe, wie oft die gelben Säcke nicht abgeholt wurden, sei das sicher kein Problem der Entsorgungsunternehmen, sondern das Problem liege darin, dass die Bürger nicht genug informiert sind. Konkret sei er von einem Ziebigker gefragt worden, wann in dieser Woche die blaue Tonne abgeholt wird. Im Internet konnte er keine Feiertagsregelung finden. Abgesehen davon hätte auch nicht jeder Haushalt einen Internetanschluss. Im Interesse einer ordentlichen, sauberen Stadt sollte man überlegen, ob nicht die Abholtermine regelmäßig im Amtsblatt veröffentlicht werden können. Im Landkreis Bitterfeld gebe es z. B. einen Abfallkalender, welcher im Januar an die Haushalte ausgereicht wird.

Bezüglich der Anfrage zum Hare-Niemeyer-Verfahren sagte **BM Gröger** zu, für jede Fraktion eine theoretische Erläuterung des Verfahrens und eine Beispielrechnung auszureichen.

Frau Moritz, Stadtpflegebetrieb, erhielt das Rederecht und führte zum Abfallratgeber aus, man sei ohnehin in der Tourenplanung für die Übernahme der Abfallentsorgung in der Stadt Roßlau ab 01.01.2008. In diesem Zusammenhang habe man sich die Aufgabe gestellt, den Abfallratgeber entsprechend zu verbessern. Es soll zukünftig für jeden Bürger, sowohl im Internet als auch in Papierform einsehbar sein, wann speziell seine Straße in der Entsorgung dran ist und wann die jeweilige Tonne oder der gelbe Sack abgeholt werden. Man bemühe sich, das bis zum 01.01.2008 zu realisieren, aber es bedürfe noch einer Vorbereitungszeit, weil das System von Roßlau noch hinreichend vorbereitet werden müsse.

Herr Gebhardt, SPD-Fraktion, bezog sich auf die Leistungen der Nichtleistungsempfänger im Bereich SGB II des Jobcenters Dessau. Er habe gehört, dass die Verwaltung eine Prioritätenliste für kommunale Interessen formuliert hat. Er bat deshalb, wenn es eine solche Prioritätenliste gibt, dass diese zumindest den Mitgliedern des Gesundheits- und Sozialausschusses zur Verfügung gestellt wird.

Es gibt eine abgestimmte Liste, bestätigte **Herr Wolfram, amt. Dezernent für Bildung, Jugend und Soziales**. Sie werde zur nächsten Sitzung des Ausschusses ausgereicht.

Herr Dr. Plettner, FDP-Fraktion, bat den Stadtratsvorsitzenden um Informationen zum Ablauf der konstituierenden Sitzung am 01.07.2007 und um Benennung der Folgetermine für die künftig stattfindenden Stadtratssitzungen.

Die Konstituierende Stadtratssitzung findet am 01.07.2007, um 9.30 Uhr in der Marienkirche statt, erklärte **Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**. Bezüglich der Tagesordnung soll es im Wesentlichen um die Vereidigung der Stadträte, Amtseinführung des Oberbürgermeisters, die Wahl des Stadtratspräsidiums, die Beschlüsse zur Hauptsatzung, Geschäftsordnung und Erstreckungssatzung gehen. In dieser Sitzung sollen nur die Beschlüsse behandelt werden, die notwendig sind, um handlungsfähig zu sein. Die 2. Sitzung ist für den 11.07.2007 vorgesehen.

Ergänzend legte **Herr BM Gröger** dar, der 01.07.2007 sei eingebunden in das Fürst-Leopold-Fest, weil vom 30.06. bis zum 01.07. einige Veranstaltungen zusätzlich stattfinden. Das Programm werde rechtzeitig zur nächsten Hauptausschusssitzung und im nächsten Stadtrat vorgestellt. Es ist vorgesehen, die Stadtfahnen in Dessau und in Roßlau einzuholen und feierlich dem Stadtarchiv zu übergeben. Auf die Anfrage an den Ministerpräsidenten, Herrn Prof. Dr. Böhmer, ob er bereit ist, am 01.07. ein Grußwort der Landesregierung für die neue Stadt Dessau-Roßlau zu entbieten, habe man noch keinen Rücklauf. Weiterhin erinnerte Herr BM Gröger an die am 13.06. stattfindende gemeinsame Stadtratssitzung mit der Stadt Roßlau, die Stadtratssitzung am 20.06. und die feierliche Stadtratssitzung am 22.06.07.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bezog sich auf die Anfrage von Herrn Gebhardt und führte aus, ihm wurde bereits gesagt, dass es diese Liste gibt. Ihm seien auch zwei Maßnahmen abgelehnt worden. Er verstehe nicht, wozu man eine ARGE habe, wenn die Agentur für sich allein entscheidet. Dazu gebe es einen Beschluss des politischen Raumes und einen entsprechenden Ausschuss. Es könne nicht sein, dass es so weiter geht. Weiterhin stellte er die Frage, wie der Stand der Planungen zur 2. Muldebrücke ist, wozu es Abstimmungsbedarf mit den Denkmalschutz- und Hochwasserbehörden gebe.

Herr BM Gröger erklärte, mit der Anbindung der Ostumfahrung über Teile der Wasserstadt, über die 2. Muldebrücke, sei man in der Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt und dem Landesamt für Denkmalschutz, weil man noch keinen Konsens herbeiführen konnte über die grundsätzliche Genehmigungsfähigkeit dieser Brücke. Die Stadtverwaltung selbst arbeite intensiv an der dreidimensionalen Darstellung dieses Eingriffs in dem betroffenen Bereich als Querung Wasserstadt und Überspannung der Mulde. Er habe Übereinkunft erzielt mit Herrn Marano, Leiter Denkmalpflege ICOMOS. Ansonsten sei man dabei, diese dreidimensionale Darstellung auch für eine Staatssekretärrunde, die eigens dafür in der Landesregierung berufen worden ist, zu machen, damit ein breiter Konsens erzielt werden kann.

5. Einbringung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2007 und Folgejahre

Vorlage: BV/128/2007/II-20

Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender, verwies darauf, dass Frau Nußbeck die Ausführungen in **Einheit mit dem Tagesordnungspunkt 6** machen werde.

Frau Nußbeck, Beigeordnete für Haushalt und Finanzen, erläuterte, entgegen der Einbringung des Haushaltsentwurfes für das Jahr 2006, die bereits im November 2005 erfolgte und damit die erste Beschlussfassung noch vor Beginn des neuen Haushaltsjahres ermöglichte, wurde man in diesem Jahr erst sehr spät in die Lage versetzt, einen Haushaltsentwurf für das Jahr 2007 vorzulegen. Die wesentliche Ursache liegt darin begründet, dass sich die finanziellen Rahmenbedingungen so gravierend geändert haben, dass das mit dem Haushaltsplan 2006 beschlossene Haushaltskonsolidierungskonzept sowie die darauf begründete Finanzplanung bis 2014 keine realistischen Planungsgrundlagen mehr hat. Allein die Abweichung des laufenden Defizits vom Finanzplan 2006 und dem Haushaltsplanentwurf 2007 beträgt 9,2 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr steigt das laufende Defizit von 10,1 Mio. € laut Jahresrechnung 2006 auf 12,8 Mio. € laut Planentwurf 2007. Laut Finanzplan hätte dieses laufende Defizit jedoch nur noch 3,6 Mio. € betragen sollen. Diese Veränderun-

gen begründen sich im Wesentlichen in rückläufigen Steuereinnahmen in Höhe von 4,8 Mio. €, reduzierten Gewinnabführungen der kommunalen Unternehmen in Höhe von 1,2 Mio. €, höheren Personalkosten wegen abweichendem Tarifabschluss in Höhe von 1,2 Mio. €, höheren Zinsen für Kassenkredite in Höhe von 900.000 €, höheren Zuschüssen an freie Träger der Kindereinrichtungen in Höhe von rund 500.000 € und zusätzlichen einmaligen Aufwendungen im Vorfeld der Fusion in Höhe von rund 500.000 €. Daneben wurde durch das Land im Rahmen der Änderung des Finanzausgleichsgesetzes im Zusammenhang mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2006 die weitere Absenkung der Verbundquote auf 22 % beschlossen. Die Verbundquote ist der Teil, den das Land von seinem eigenen Steueraufkommen an die Kommunen weiterleitet. Ab 2007 wurde auch der Wegfall des Familienleistungsausgleichs beschlossen. Dadurch werden die Konsolidierungsbemühungen der Stadt, wie im Übrigen aller anderen Kommunen, fast vollständig ausgehebelt, weil es nicht mehr möglich ist, negative Entwicklungen, wie z. B. die Mehrwertsteuererhöhung oder Energiepreissteigerungen durch Mehreinnahmen zu kompensieren.

Die Verwaltung hat sich daher in den letzten Monaten intensiv darum bemüht, diese finanziellen Rahmenbedingungen zu verbessern. Durch gemeinsame Aktionen der drei kreisfreien Oberzentren konnte das Land für unsere Situation sensibilisiert werden. So wurde zugesagt, bis zur Abfederung der Auswirkungen der schwierigen Haushaltslage eine Soforthilfe für die Zinsen der Kassenkredite in 2007 zu zahlen. Das sind für Dessau rund 1,9 Mio. €. Darüber hinaus will das Land die Kommunen nunmehr doch an den steigenden eigenen Steuereinnahmen teilhaben lassen. Dafür wurden 1,3 Mio. € höhere Zuweisungen pro Jahr geplant. Außerdem wurden Mehreinnahmen in Höhe von 1,5 Mio. € pro Jahr aus der Erhöhung des Anteils an der Verteilmasse nach dem Finanzausgleichsgesetz für die kreisfreien Städte von 27 % auf 28 % eingeplant. Mit Datum vom 17. April haben wir außerdem einen Antrag auf Bedarfszuweisungen an das Landesverwaltungsamt gestellt.

Des Weiteren wurden nachfolgende Anträge auf Unterstützung beim Land gestellt:

- Erhöhung des Finanzierungsbeitrages des Landes am Anhaltischen Theater um 1,3 Mio. € jährlich ab 2009,
- Übernahme des Zuschusses der Stadt Dessau für die Betreuung der Anhaltischen Gemäldegalerie in Höhe von 472.000 € jährlich ab 2009 und
- Übernahme des Zuschusses der Stadt Dessau für die Betreuung des Museums für Naturkunde und Vorgeschichte in Höhe von 551.600 € ebenfalls jährlich ab 2009.

Die drei letztgenannten Anträge liegen im Kultusministerium zur Entscheidung vor. Das alles werde nicht ausreichen, um den Haushaltsausgleich, einschließlich der aufgelaufenen Soll-Fehl-Beträge bis zum gesetzlich vorgeschriebenen Termin 2015 darzustellen. Aus diesem Grund wurden weitere Konsolidierungsvorschläge unterbreitet, die es nunmehr gestatten, den Haushaltsausgleich bis zum Jahr 2016 aufzuzeigen und bereits ab dem Jahr 2010 das strukturelle Defizit zu beseitigen.

Der vorliegende Stellenplan weist Stelleneinsparungen im Umfang von 156,6 VbE aus, das entspricht einer Personalkosteneinsparung von über 6 Mio. €. Auch wenn das Personalentwicklungskonzept noch nicht vollständig vorliegt, wurden alle bereits bis zum März dieses Jahres in den Strukturberatungen erzielten Ergebnisse in die vorliegende Planung einbezogen. Darüber hinaus wurde noch eine zusätzliche Ein-

sparung von 30 weiteren Stellen in der Finanzplanung berücksichtigt, die noch zu untersetzen sind. Das entspricht noch einmal mindestens 1 Mio. € Personalkosteneinsparung.

Dennoch soll auch deutlich gesagt werden, dass das Personalentwicklungskonzept keine Wunderwaffe sei. Wenn es gelinge, durch Personaleinsparungen in den nächsten Jahren den Kostenaufwuchs, der durch Alterssteigerungen und Tarifierhöhungen zwangsläufig entsteht, wieder zu kompensieren, erreiche man damit eine Personalkostenquote an den Gesamtausgaben von unter 30 %. Das sei inklusive aller nachgeordneten Einrichtungen, wie Museen, Bibliotheken, Berufsfeuerwehr und Freizeiteinrichtungen ein beachtliches Ergebnis. Allein dafür sind ab 2011 jährlich weitere Stelleneinsparungen von 10 Stellen pro Jahr notwendig.

Die Einsparungen, die insbesondere im sogen. freiwilligen Bereich vorgeschlagen werden, gefährden an keiner Stelle den Status des kreisfreien Oberzentrums. Sie sind schmerzlich, aber notwendig, wenn sich die Stadt ihre Arbeitsfähigkeit bewahren will.

Des Weiteren werden auch wesentliche Veränderungen in der Aufgabenwahrnehmung unserer kommunalen Unternehmen vorgeschlagen, insbesondere das Abstoßen verlustbringender Sparten, um somit die notwendigen Gewinnabführungen an die Stadt sicherzustellen. Um die Soll-Fehl-Beträge der Vorjahre vollständig abzubauen, genügen diese Maßnahmen jedoch immer noch nicht. Aus diesem Grund hat sich die Verwaltung entschlossen, auch den Vorschlag der Vermögensveräußerung zu unterbreiten, wohl wissend, dass das in der Vergangenheit eines der umstrittensten Themen war. Allein die Größenordnung, die hier an Verkaufserlösen notwendig ist, um den Haushalt vollständig auszugleichen - immerhin 59,7 Mio. € - zeige, wie alternativlos dieser Vorschlag ist. Die gesamten Personalkosten der Stadt Dessau, inklusive aller nachgeordneten Einrichtungen betragen im Jahr 2016 voraussichtlich nur noch 48 Mio. €, was 11,7 Mio. € weniger seien.

Frau Nußbeck wolle mit ihren Ausführungen nicht so sehr in die Details des vorliegenden Haushaltsentwurfs eingehen, weil sie hierzu bereits in dem am 10. Mai durchgeführten Haushalts- und Finanzausschuss Gelegenheit hatte und dies auch der geeignete Rahmen dafür war. In den nunmehr anstehenden Haushaltsberatungen müsse man sich mit den vorliegenden Vorschlägen ernsthaft auseinandersetzen, ehrlich alle Alternativen diskutieren und sich zu Entscheidungen durchringen. Je länger notwendige Entscheidung vor uns her geschoben werden, die die Kommunen in unserem Umfeld zum Teil schon getroffen haben, je größer werde der Schuldenberg und je mehr Einschnitte müssen zusätzlich vorgenommen werden. In diesem Zusammenhang ist Zeit im wahrsten Sinne des Wortes Geld.

Abschließend bat **Frau Beigeordnete Nußbeck** um eine sachliche und vorurteilsfreie Diskussion. Die Verwaltung und der Stadtrat sind zwei zusammenhängende Teile eines funktionierenden Gemeinwesens. Man kann sich über den Weg zur Erreichung des Zieles konstruktiv auseinandersetzen. Das Ziel jedoch heißt, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu beschließen, um damit Handlungsfähigkeit zu erhalten. In diesem Sinne sitzen alle in einem Boot und müssen in dieselbe Richtung rudern.

Herr Schönemann, PDS-Fraktion, bestätigte, im wahrsten Sinne des Wortes sei Zeit auch Geld, was die PDS-Fraktion in Richtung Personalkonzept meine. Die von Frau Nußbeck ausgeführten Tatsachen im Zusammenhang mit der Erarbeitung können die PDS-Fraktion nicht zufrieden stellen. Er forderte Frau Nußbeck auf, umgehend die Erstellung des Personalkonzeptes zum Abschluss zu bringen. Die PDS-Fraktion ist nur bereit zu dem geforderten Dialog anzutreten, wenn das Personalkonzept im Zusammenhang mit den angestrebten Einsparungen vorgelegt wird. Man könne an dieser Stelle auf keinerlei Zeit mehr setzen und sei auch nicht bereit, weitere Karenz zu dulden.

Zur Problematik der Eigentumsveräußerung führte er aus, die Zusammenhänge mit Privatisierung und verlustbringender Reduzierung bestimmter Sparten öffentlich zu diskutieren, ohne sich vorher mit den geschäftsführenden Elementen dieser Gesellschaft in Verbindung zu setzen, mit dem Personal, konkret mit der Leitung der Stadtwerke und vor allem auch mit dem Aufsichtsrat und den Gesellschaftern, halte er für nicht vorteilhaft, weil eine öffentliche Diskussion, weil noch nicht klar in der Orientierung festgelegter Vorhaben, gerade unternehmenspolitisch schädigend für das Gesamtansehen des Unternehmens ist. In der Vergangenheit hatte man die Diskussion im Zusammenhang mit der Nichtveräußerung von städtischem Eigentum bezüglich der Stadtwerke. Damals wurde ebenfalls im Stile eines öffentlichen Dialoges über Eigentumsprobleme der Stadt in einer Art und Weise gesprochen, dass es am Ende verlustbringende Diskussionen waren. Interessenten können sich alleine ausrechnen, wohin die Reise geht. Aus dem Grunde bitte er darum, wenn es jetzt in die Öffentlichkeit geraten ist, dass man zu einer sachlichen Diskussion zurückkommt und mit den Betreffenden entsprechend spricht. Die Beschäftigten der Stadtwerke würden es als positiv ansehen, wenn sie nicht über die Zeitung erfahren, wie man über das Unternehmen denkt. Deshalb bitte er, und seine Fraktion könne behilflich sein, zum sachlichen Dialog in der Sache, was die Stadtwerke betrifft, zurückzukommen.

Weiterhin hatte man vor den Wahlen ein Signal seitens der drei Oberzentren, insbesondere der SPD-Oberbürgermeister erhalten, wonach es Entlastungen für die Oberzentren gibt aus landespolitischer Sicht. Herr Schönemann stellte die Frage, welche das nun seinen. Was die Handlungsfähigkeit der Stadt betrifft, sage er, den Optimismus den Frau Nußbeck teile, teile die PDS-Fraktion leider nicht, weil die Probleme, die sich auftun, weitaus größer sind, als man sie gegenwärtig darstelle. Er lud Frau Nußbeck in die PDS-Fraktion ein, um in dieser Sache darüber zu sprechen.

Herr Sachse, SPD-Fraktion, bemerkte, die Situation eines konsolidierungsnotwendigen Haushaltes sei eigentlich nicht neu. Seit Jahren müsse man mit dem Umstand leben und vertrete selbstbewusst die Auffassung, dass wir daran keine maßgebliche Schuld haben. Wir haben mit landespolitischen Dingen zu leben und damit zu kämpfen, dass die finanziellen Zwänge enger werden. Neu sei, dass von vornherein eine erhebliche Verunsicherung in die Bevölkerung getragen wird und sich die Seriosität dieses Haushaltsentwurfes und die entsprechende Konsolidierung maßgeblich aus dem relativ hohen Anteil aus Verkaufserlösen von kommunalen Anteilen heraus ergeben sollen. Neu sei auch, dass die Haushaltseinbringung mit einer Art Provokation des Stadtrates verbunden ist, denn das war in dieser Deutlichkeit nicht zu erwarten. Im Gegenteil, alle politischen Fraktionen haben sich nach seiner Kenntnis gegen die Veräußerung von kommunalem Eigentum in dieser Größenordnung ausgesprochen. Dass man sensibel über das eine oder andere reden muss, sei unstrittig, aber diese

Deutlichkeit, mit der das zum Ausdruck gebracht wird, betrachte er als neu im Rahmen einer Haushaltseinbringung und als eine Provokation des Stadtrates. Der künftige Stadtrat werde sich damit auseinandersetzen müssen. Er hätte sich gewünscht, viel stärker im konstruktiven Sinne auch den Dialog, den die drei Oberbürgermeister mit dem Land begonnen haben, in die Diskussion zu bringen. Die Entlastung des Kulturhaushaltes durch eine landespolitische, durch eine stärkere regionalpolitische Komponente, wäre auch ein Ansatz gewesen. Hier gebe es noch viel Handlungsbedarf. Herr Schönemann habe bereits das Personalkonzept angesprochen. Seit langem klinge man diese Dinge ein. Diese Haushaltseinbringung erscheine im Sinne von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit einige Luftnummern zu beinhalten. Es sei das gute Recht der Verwaltung, die Dinge einfach in den Raum zu stellen, aber unter Seriosität kann man auch etwas anderes verstehen, hauptsächlich, wenn man die Stadträte und die Bevölkerung auf diesem Weg mitnehmen will. Hier denke er an die Aktivitäten, die der Oberbürgermeister von Magdeburg in die Wege geleitet hat. All das vermisse er und bedauere, dass diese Konfrontation nicht erspart geblieben ist.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, erklärte, es sei nötig, den Ball ein bisschen flacher zu halten, denn es gab am 10. Mai eine Haushaltsausschusssitzung. Das sei auch ein Novum, den Haushalt intensiv zu diskutieren, bevor in diesem Raum darüber gesprochen wurde. Wenn der eine oder andere, der hier spricht, davon nichts mitbekommen habe, müsse die Kommunikation innerhalb der Fraktion verbessert werden. Es habe eine gute Vorlage gegeben, dass diese nicht immer die Zustimmung jedes Einzelnen findet, sei auch nachzuvollziehen. Es sei sicherlich richtig zu sagen, das Land behandelt uns schlecht. Herr BM Gröger habe es geschafft, wieder in den Reigen der drei Oberzentren aufgenommen zu werden, nämlich dass er den Ministerpräsidenten auf die katastrophale Finanzausstattung der drei Oberzentren aufmerksam gemacht hat. Das sei eine neue Qualität, die man 12 Jahre vorher nicht hatte. Unabhängig davon habe man natürlich Eigendefizite. Frau Nußbeck habe ein Defizit genannt: Allein in diesem Jahr koste der andere Tarifvertrag 1,1 Mio. €, weil wir alle gemeinsam nicht den Druck auf den OB Otto ausgeübt haben, das Personalentwicklungskonzept auf den Tisch zu packen.

Nun stehe im Haushaltskonsolidierungskonzept, dass man über die Auslagerung von Sparten, über die Effizienz der Eigenbetriebe und der städtischen Gesellschaften nachdenken muss. Es stehe nicht so drin, dass im Jahr 2007 dazu Entscheidungen zu fällen sind, sondern es gehe darum, dass ab dem Jahr 2010, wenn überhaupt, dort Geld eingebucht worden ist. Man müsse dann vorbehaltlos diskutieren. Die Frage ist, müssen wir uns jedes Jahr 200.000 € Subventionen für den Flughafen leisten, müssen wir ein Telekommunikationsunternehmen vorhalten, was seit Jahren Defizite einfährt? Telekommunikation sei keine kommunale Daseinsvorsorge. Das müsse in den zuständigen Ausschüssen diskutiert werden. Das sind keine 59 Mio. €, aber man müsse beginnen, darüber zu diskutieren, ob man so etwas möchte.

Herr Pätzold, PDS-Fraktion, legte als **Sprecher des Finanzausschusses** dar, der Finanzausschuss habe natürlich in seiner letzten Sitzung, nachdem die Unterlagen erst drei Tage vorlagen, noch nicht voll inhaltlich über den Haushalt diskutieren können. Er verwahre sich dagegen, dass diese Beratung schon als Haushaltsdiskussion angesehen werden kann. Frau Nußbeck habe etwas ausführlicher den Haushalt und die Haushaltskonsolidierung vorgestellt, genau wie heute in verkürzter Form und nicht anders.

Wir reden heute nicht über 200.000 € und den Verkauf des Flughafens, sondern es geht um Größenordnungen, die man schon seit Jahren vor sich hertrieb und nun endlich mal in dem provokatorischen Brief, den Herr Gröger allen Stadträten bzw. den Mitgliedern des Finanzausschusses vorgezeigt hat. Die PDS-Fraktion hat im Wahlprogramm: „Hände weg vom kommunalen Eigentum“, daran wollte man sich auch halten.

Herr BM Gröger erklärte, in diesem Stadtrat habe man fast über ein Jahrzehnt erfolgreich versucht, den Weg des geringsten Widerstandes zu suchen und über Einzelmaßnahmen den Haushalt genehmigungsfähig zu gestalten. Letztendlich sei das im vergangenen Jahr gelungen. Angesichts dieses jetzt angewachsenen Haushaltslochs sei diese Zeit jetzt vorbei, d. h. wir brauchen in allen Bereichen neue Vorgehensweisen. Das betreffe eine schlanke Verwaltung genauso wie die Einsparung von freiwilligen Aufgaben. Die Stadt habe in den letzten Jahren mehr als 25 % ihrer Geschäftsbasis, nämlich ihrer Einwohner verloren, denn danach richte sich der Zuweisungsschlüssel, und man müsse empfindliche Einsparungen vornehmen.

Man dürfe nicht glauben, dass man ohne eigene Maßnahmen zu ergreifen, unter Berücksichtigung dessen, dass es bei sinkenden Einwohnerzahlen reduzierte jährliche Zuschüsse und Verluste gibt, die alle minutiös vorgetragen sind, nur nach Hilfe vom Land schreien muss und beim Land Verbündete gewinnen könne. Das Land erwarte in gleicher Weise einschneidende Veränderungen, wie es das selbst tun muss. Dazu bedarf es mutiger Entscheidungen. Es war alles andere als provokant, was Frau Nußbeck vorgetragen habe, denn sie haben nicht gesagt, das machen wir, sondern, um in eine sachliche Diskussion einzusteigen. Wenn man dies nicht darf, sei es ihm um den Haushalt 2007 ziemlich bange.

Bei seiner Neujahrsansprache habe Herr Gröger gesagt, er wünsche sich im Sinne des Gemeinwesens und zum Wohle der Stadt durchaus streitbare Auseinandersetzungen. Diese sollten aber nicht als Provokation bezeichnet werden, nur weil die Verwaltung seit Jahren erkannt hat und es jetzt in besonderer Weise tut, dass man sich über Dinge unterhalten muss, die wehtun. Das könne man nicht nur am Personalentwicklungskonzept fest machen. Ab dem 01.07. haben wir eine wesentlich größere Gebietskörperschaft zu verwalten.

Vor diesem Hintergrund bat **Herr BM Gröger**, kein Thema als Tabuthema zu erklären, weil man dann nicht weiter komme. Er selbst habe im Hauptausschuss im Januar einen Vorschlag eingebracht, wo er verstanden habe, dass dieser zu einer Unzeit eingebracht wurde. Aber der 22.04. ist vorbei, die Kommunalwahl hat stattgefunden, es gibt einen neuen Oberbürgermeister und jetzt müssen diese Themen angefasst werden. Wenn man länger warte, werde unsere Handlungsfähigkeit nach und nach soweit eingeschränkt, dass man kaum noch in der Lage ist, weder im freiwilligen Bereich, noch sonst wo, diese Dinge zu organisieren.

Man solle auch nicht davon ausgehen, dass wir einen Haushalt einbringen, der beim Landesverwaltungsamt nicht akzeptiert wird und uns mit solchen Bedingungen konfrontiert, wie es bspw. in Magdeburg der Fall war. Der OB von Magdeburg hat nicht seine Forderungen aufgemacht, weil er die selbst erfunden hat, sondern weil das Landesverwaltungsamt das als Auflage im Haushaltansatz geschrieben hat. Halle

und Dessau haben noch keinen Haushalt eingereicht. Auch das könne uns noch passieren, dann habe man die gleichen Probleme wie Magdeburg.

Man müsse sich auf eigene Potentiale beziehen und einen eigenen Weg finden. In Halle werde über ganz andere Sachen nachgedacht. Das bitte er zum besseren Verständnis zwischen Stadtrat und Verwaltung zu überdenken. Die Diskussion allein an einem fehlenden bestätigten Personalkonzept festzumachen, helfe nicht weiter. Selbst wenn es vorläge, sei diese Summe durch Personalabbau nicht zu erzielen, wenn man die Stadt weiter verwalten wolle. Insofern solle das als Angebot für eine ordentliche, faire Diskussion aufgenommen werden.

Herr Schönemann, PDS-Fraktion, entgegnete, er hatte nicht ohne Grund eine Frage gestellt im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Oberbürgermeister der kreisfreien Städte. Keine Antwort sei auch eine Antwort. Die Personalkonzeptkonstellation mache man in der Zwischenzeit in der Öffentlichkeit, im politischen Raum des Alltages zum Vorwurf, dass man nicht konsequent genug diese Dinge eingefordert habe. Wir sind im Grunde der sogenannte Herr der Dinge. An dieser Stelle dürfe man nicht mehr nachsichtig sein. Die Forderungen sollten aufgenommen werden, was die Bereitschaft zum Dialog sei. Liegt das Personalkonzept vor, sei man bereit, darüber zu reden. Die Zeit betrage 7 Jahre, was ein deutliches Zeichen sei, dass nach 7 Jahren über 7 Berge etwas zum Besten gerichtet wird. Es sei nur das gute Recht, dass das, was bisher fachlich nicht geleistet worden ist, gefordert wird. Insofern sei es keine Provokation, sondern ein ernst gemeintes und ehrliches Angebot.

Frau Nußbeck habe minutiös vorgetragen, was das bisherige Ergebnis war, erwiderte **Herr Bürgermeister Gröger.** Er hatte den Eindruck, dass das, was wir eingebracht haben, als Provokation empfunden wurde. Es sollte lediglich der Auftakt für einen Dialog sein, über solche Dinge nachzudenken. Das sollte der Verwaltung erlaubt sein, ohne als Provokateur hingestellt zu werden.

Frau Lohde, CDU-Fraktion, merkte an, dass polemische Reden nicht weiterhelfen. Sie sehe das Problem darin, dass man noch zwei Monate habe und keinen Haushalt. In dem Moment, wo er viel neues beinhaltet in der alten Konstellation, werde es schwierig für die Verwaltung sein, die Stadträte zu überzeugen, weil dort ein Wort stehe, wozu manch einer nicht wird stehen können. Dazu haben sich viele, nicht nur im Wahlkampf anders positioniert. Man habe die Verwaltung auch im Vorfeld darauf hingewiesen, wo die Sprengkraft der Vorschläge der Verwaltung liegt.

Auch die CDU-Fraktion fordere das Personalkonzept. Wie vor zwei Jahren, gehe sie weiter davon aus, auf einen Mitarbeiter 100 Einwohner. Das müsste das Ziel des Personalkonzeptes darstellen. Man habe auch festgestellt, als es um die Tarifverträge ging, dass auch die Aufgabenkritik zu üben und Aufgabenverzicht zu diskutieren ist. Insofern sollte der Vorschlag von Herrn Gröger an die Stadträte, Mut zu beweisen, auch an die Verwaltung gehen. Die beiden genannten Punkte seien auch Bedingung dafür, über den Haushalt in dieser Tragweite zu reden. Die Schwierigkeit bestehe aber darin, ihn beschlossen und genehmigt zu bekommen. Sie stellte die Fragen was passiert, wenn man nach dem 30.06.2007 keinen genehmigten oder beschlossenen Haushalt habe. Darf der nächste neue Stadtrat diese Angelegenheit behandeln und was bedeutet dieser nicht beschlossene Haushalt für das Jahr 2007.

Wenn es nicht gelingt, bis zum 30.06.2007 einen Haushalt samt Konsolidierungskonzept zu beschließen, gehe die Stadt unter, führte **Frau Nußbeck** aus. Die neue Stadt Dessau-Roßlau könne über den Haushalt Dessau nicht mehr beraten, sondern nur über den Haushaltsentwurf Dessau-Roßlau, den es aber nicht gibt. Dazu fehlen im Moment die Voraussetzungen, weil ein großer Teil von Ausgabepositionen noch nicht dezidiert bekannt ist. Man ist auch nicht in der Lage, zeitnah einen Entwurf eines Haushaltes Dessau-Roßlau vorzulegen. Man hätte dann in diesem Jahr gar keinen Haushalt. Man stehe zwar in der Pflicht, einen Haushalt aufzustellen, aber die Chancen sehe sie als gering an, das zu leisten. D. h. man habe eine satzungslose Zeit. Die Folge ist, man beginne keine neuen Investitionen, man könne keine freiwilligen Aufgaben leisten.

Bisher wurde im begrenzten Maße Geld für freiwillige Aufgaben freigegeben, weil man sich immer so verhalten habe, man ist im Verfahren, man reiche den Haushalt aus und wolle einen beschließen. Im Moment spreche nichts dagegen, das gesellschaftliche Leben völlig zum Erlahmen zu bringen. An dem Punkt, wo man definitiv keinen Haushalt mehr habe und auch zu keinem mehr komme, sei es restriktiv zu sehen. Es gebe einen neuen Erlass, der ausdrücklich sage, was man in der satzungslosen Zeit alles nicht darf. Das werde auch für das Folgejahr Folgen haben, weil dann auch keine Bindungsermächtigungen mehr ausgesprochen werden können. D. h. die Situation werde wirklich eng, insbesondere für die Investitionen und im freiwilligen Bereich, der noch nicht vertraglich gebunden ist.

Zum Personalentwicklungskonzept führte **Frau Beigeordnete Nußbeck** aus, sie habe dieses Amt seit dem 01.11.2006. Sie arbeite an diesem Konzept und zwar ohne die Hilfe Dritter ganz konsequent und man wolle es auch vorlegen. Man müsse sich aber vor Augen führen, dass man jetzt kein Personalentwicklungskonzept für die Stadt Dessau erarbeite, sondern eins für die Stadt Dessau-Roßlau, so dass man Roßlau und Anhalt-Zerbst auch berücksichtigen müsse. D. h. man müsse in jedem der 21 Ämter prüfen, welche Aufgaben werden sich durch die Fusion verändern, wo sind Zuwächse, wo sind aber auch Abgänge durch die Einwohnerzahl. Es müsse alles dezidiert analysiert werden und daraus müsse abgeleitet werden, was ist an Personalüberhang und was ist an Personalbedarf in den nächsten Jahren, was ist an Maßnahmen notwendig, um das in Übereinstimmung zu bringen. Das sei keine Arbeit von ein paar Wochen, sondern von mindestens einem Jahr. Man hatte 16 Jahre kein Konzept und es werde jetzt der Druck aufgemacht, es in ein paar Wochen schaffen zu sollen. Das sei nicht zu leisten. Man habe alles, was bis heute bekannt ist, in die Planung einfließen lassen. Alles was man wisse, habe man auch bedacht. Das Personalentwicklungskonzept sei nicht die Wunderwaffe. Man könne aus diesem Personal nicht die Personaleinsparungen herauszaubern, die sich die Stadträte wünschen, ohne noch den freiwilligen Bereich anzutasten.

Es seien manche Dinge transportiert worden, obwohl man sie vielleicht mit anderen hätte besprechen sollen, bevor man sie öffentlich berät, erklärte **Herr Schöнемann, PDS-Fraktion**. Er wolle nicht den Prozess gegen die Vorschläge der Verwaltung organisieren und auch nicht das Bemühen absprechen, dass hart an dem Personal-konzept gearbeitet werde. Er stellte die Frage, was bis zu dem Eintreffen von Frau Nußbeck zu diesem Thema in der Stadtverwaltung geschehen ist. Deshalb solle man sagen, warum man bis zu diesem Zeitpunkt für die Stadt Dessau ein solches Konzept nicht habe. Was man als Zukunftsmusik auf den Weg bringen müsse, rechne er

hoch an. Es komme aber in der Bevölkerung sehr eigenartig an und zwar mit der gemeinsamen Stadt. Was im Augenblick funktioniere sei, dass man alle Satzungen habe, ein Personal-; ein Strukturkonzept für die künftige neue Stadt, fast jeder hat seinen Raum, seinen Stuhl und seinen Tisch. Zu dem, was man sich aus der Fusion versprochen habe, was für die Bevölkerung an Vorteilen, an Synergien transportiert wird, gebe es im Augenblick keine Bilder. Die Bevölkerung nehme nur eines wahr, die Verwaltung spart keinerlei Personal ein. Sein Wunsch ist, dass nun endlich Möglichkeiten gestaltet werden, die Bürger in diese Frage mitzunehmen, dass der Einzelne erfährt, dass es ihm nützt, dass diese neue Stadt auf den Weg gebracht wurde. Da ist das, was jetzt eingereicht wurde, kontraproduktiv. Er bleibe dabei, bis zur Diskussion und möglichen Beschlussfassung verlange er den Teil, den die Dessauer Verwaltung betrifft für das Personalkonzept, des gemeinsamen Konzeptes für die neue Stadt Dessau-Roßlau. Das sei zu leisten, wenn u. a. 16 Jahre Personalarbeit geleistet worden ist.

Frau Nußbeck, Beigeordnete für Haushalt und Finanzen, sprach ihre Verwunderung aus, denn sie habe an die Mitglieder des Hauptausschusses eine Liste mit Synergieeffekten aus dem Personal übergeben. 54 Stellen werden als Synergieeffekt aus der Fusion rekrutiert. Das sei bei 175 Übernahmen, wo alles mit dabei ist, also Kindergärten und nachgeordnete Einrichtungen ein Drittel, was ein riesiger Erfolg sei.

- 6. **Einbringung der Haushaltssatzung 2007**
Haushaltsplan 2007
Finanzplan 2007
Stellenplan 2007
Vorlage: BV/139/2007/II-20

Siehe Punkt 5.

- 7. **Beschlussfassungen**
 - 7.1. **Haftungsverzichtserklärung**
Vorlage: BV/151/2007/I-30

Herr Bürgermeister Gröger erläuterte, die unterzeichnete Auseinandersetzungsvereinbarung liege zur Genehmigung beim Landesverwaltungsamt vor.

Kurz bevor am 11.04. die Auseinandersetzungsvereinbarung in Dessau beschlossen wurde, sei die Mitteilung eingegangen, dass diese Haftungsverzichtserklärung Bestandteil des Beschlusses sein muss. Das war aus zeitlichen Gründen nicht möglich. In einem neuen Schreiben des Landesverwaltungsamtes wurde bis zum 31.05. Aufschub gegeben. Die übrigen Landkreise werden sich mit diesem Thema ebenfalls befassen.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 31:00:05

- 7.2. **Maßnahmebeschluss zur Durchführung einer Investition zur Ersatzbeschaffung eines Magnetresonanz-Tomographen (MRT) für die Klinik für Diagnostische und Interventionelle Radiologie/Neuroradiologie und Nuklearmedizin und zur Entnahme der Mittel zur Finanzierung des MRT**

aus der Rücklage für nicht geförderte Investitionen des SKD

Vorlage: BV/064/2007/V

Eingangs teilte **Herr Wolfram, amt. Dezernent für Bildung, Jugend und Soziales**, mit, dass die Vorlage im Krankenhausausschuss und mit der Leitung des Städtischen Klinikums beraten wurde. Mit dieser Anschaffung aus den Eigenmitteln, welche aus Rückstellungen des Städtischen Klinikums für solche Zwecke vorgesehen wurden und im Wirtschaftsplan nachgewiesen sind, investiere man zukunftsorientiert. Es könne nun besser und in für den Patienten kürzeren Zeitabständen diagnostiziert werden.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 35:00:01

7.3. Neubau der Bahnhofstraße im Zuge der Ortsdurchfahrt der künftigen Bundesstraße 184n in der kreisfreien Stadt Dessau

- Maßnahmebeschluss -

Vorlage: BV/079/2007/VI-66

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bezog sich auf die Radwegführung durch das Gelände der Agentur für Arbeit und auf den Radweg zwischen dem neuen Westausgang und der Georgenallee, was er bereits im Ausschuss für Bau, Stadtplanung, Vergabe und Umwelt angesprochen hatte. Da geprüft werden sollte, inwieweit diese beiden Radwegführungen vom baulichen Zustand her verbessert werden können, stellte er die Frage, ob es diesbezüglich konkrete Aussagen gibt.

Das Tiefbauamt hatte den Auftrag, diese Hinweise in die Ausführungen mit aufzunehmen, denn man habe jetzt erst den Maßnahmebeschluss und noch keine Ausschreibung, entgegnete **Herr Bürgermeister Gröger**. In diesem Rahmen sollte das geprüft und eingefordert werden, ohne den Kostenrahmen zu überschreiten.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 34:00:02

7.4. Sanierung und Umbau Astronomische Station "Samuel Heinrich Schwabe" des "Walter-Gropius-Gymnasiums", Peterholzstr. 58, in 06849 Dessau.

Vorlage: BV/080/2007/V-40

Herr Wolfram, amt. Dezernent für Bildung, Jugend und Soziales, verwies auf das Beratungsergebnis der Ausschüsse und bat um Zustimmung zur Vorlage.

Dass dieses Vorhaben nun Realität wird, freue ihn, erklärte **Herr Schöнемann, PDS-Fraktion**, und fragte nach, da man einmal einen Ansatz von 280.000 € hatte und heute bei 550.000 € sei, ob das jetzt verbindlich sei.

Aus der Sicht, dass die im Maßnahmebeschluss beschriebenen Umfänge nicht erweitert werden, wird es bei dieser Summe bleiben, erklärte **Herr BM Gröger**. Wenn

natürlich weitere Maßnahmen dazukommen, oder sich aus der Sanierung etwas ergibt, was nicht erkannt worden ist, könne sich das ändern. Jedoch habe man das Problem in den letzten Jahren nicht mehr gehabt.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 30:00:06

7.5. Satzung der Stadt Dessau über die Erhebung von Benutzungsentgelten im Rettungsdienst (Gebührensatzung)

Vorlage: BV/094/2007/II-37

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

7.6. Wappen der künftigen Stadt Dessau-Roßlau

Vorlage: BV/103/2007/V-41

Herr Wolfram, amt. Dezernent für Bildung, Jugend und Soziales, verwies auf die Behandlung in der gemeinsamen Hauptausschusssitzung Dessau-Roßlau und auf die bevorstehende Beschlussfassung in der gemeinsamen Stadtratssitzung Dessau-Roßlau am 13.06.07. Das Votum des Stadtrates Dessau in dieser wichtigen Angelegenheit jedoch notwendig, um das Landesarchiv zu beteiligen und an den Heraldiker den Auftrag geben zu können.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

7.7. Farben und Flagge der künftigen Stadt Dessau-Roßlau

Vorlage: BV/104/2007/V-41

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 34:00:02

7.8. Durchführung einer kommunalen Bürgerumfrage in Dessau im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN II

Vorlage: BV/105/2007/I-80

Herr BM Gröger verwies auf die intensive Beratung im Ausschuss. Zu dieser Maßnahme habe man sich im Zusammenhang mit der Übernahme des Förderprogrammes URBAN II verpflichtet.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bemerkte, einige seiner Anregungen seien aufgegriffen worden. Er wolle aber das, was noch nicht passiert ist,

unterstreichen. So solle mehr Platz gelassen werden, wo Bürger etwas ausführen sollen. So sei bspw. auf der Seite 3 kein Platz, um Eintragungen vorzunehmen.

Wenn die Briefe verschickt werden, sei genügend Platz für Eintragungen vorhanden, erwiderte **Herr BM Gröger**.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

**7.9. Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 130 "Industrie- und Gewerbegebiet Gärungschemie", 1. Änderung
Vorlage: BV/107/2007/VI-61**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

Dessau, 08.02.10

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender Stadtrat

Karl Gröger
Bürgermeister und Beige-
ordneter für Bauwesen und
Umwelt

Schriftführer